Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht : lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Autor(en): **Währen, Sabine**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft**

Band (Jahr): **- (2014)**

Heft 4: **Damals in Kaiseraugst**

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-842977

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

[sw] Am 2. März 1988 verkündete die «Basler Zeitung» in dicken Lettern das Aus für das AKW Kaiseraugst. Knapp 20 Jahre lang hatte man in der Region Basel gegen das Projekt gekämpft. Der Widerstand gegen das Kernkraftwerk vor den Toren der Stadt wurde zu einem festen Bestandteil der Identität der Bevölkerung.

Als die Verantwortlichen der Motor-Columbus am 22. März 1966 die Bevölkerung von Kaiseraugst ins Hotel «Löwen» einlud, um sie über ihren Plan zu orientieren, in der östlichen Ebene vor dem Dorf ein Atomkraftwerk zu erstellen, waren die Leute froh, dass damit das Projekt eines öl- oder kohlebetriebenen thermischen Kraftwerks vom Tisch war. Noch Ende 1968 stimmten sieben von acht Kaiseraugster Stimmbürgern in einer Konsultativbefragung für eine Zonenplanänderung zugunsten des AKW-Projekts. Sicherheit war kaum ein Thema, nicht einmal, als sich im Versuchsreaktor der Nationalen Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik in Lucens 1969 ein schwerer Unfall ereignete.

Im gleichen Jahr jedoch erhielt die Opposition gegen das geplante AKW von unerwarteter Seite Auftrieb. Der Rhein, wie auch andere Schweizer Flüsse, war zu dieser Zeit in einem bedenklichen Zustand, was seit Jahren Öffentlichkeit und Politik beschäftigte. Ein amtlicher Expertenbericht warnte nun vor den schädlichen Auswirkungen einer Erwärmung der Gewässer, wie sie die vorgesehene Kühlung der Kernkraftwerke mit Flusswasser nach sich ziehen würde. Die Region um Kaiseraugst geriet in Aufruhr. Vor allem die rheinabwärts liegenden Basler begannen, lautstark zu protestieren. Ihnen war schlagartig bewusst geworden, dass sie die Hauptbetroffenen sein würden, ohne dass sie etwas zum AKW-Projekt zu sagen hatten.

«In Kaiseraugst muss die entscheidende Schlacht für die Atomenergie gewonnen werden.»

Als die Motor-Columbus ein Gesuch zur Kühlwasserentnahme aus dem Rhein an die Aargauer Regierung stellte, bildete sich im Mai 1970 das «Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst». Im folgenden Jahr verbot der Bundesrat für die an Aare und Rhein geplanten Kernkraftwerke die Flusswasserkühlung. Alfred Schaefer, Verwaltungsrat der Motor-Columbus und Präsident der Schweizerischen Bankgesellschaft, war der Ansicht, dass man damit die Hoffnung auf eine Verwirklichung des AKW Kaiseraugst aufgeben müsse. Doch Motor-Columbus-Direktor Michael Kohn verbiss sich in sein Lieblingsprojekt und behauptete, dass in Kaiseraugst die entscheidende Schlacht für die Atomenergie geschlagen und gewonnen werden müsse. Er scheute in seiner Argumentation nicht davor zurück, Kaiseraugst zum Vietnam der Schweiz hochzustilisieren. Das war de facto eine Kriegserklärung an die Gegner.

Der bundesrätliche Entscheid hatte letztlich zur Folge, dass man AKWs auf Kühlturmbetrieb umprojektieren musste. Das löste neue Proteste aus. Die wichtigsten Umweltorganisationen sprachen sich nun gegen den Bau weiterer Kernkraftwerke aus. Noch in den 1960er-Jahren hatte der traditionelle Naturschutz zu den Befürwortern der Atomenergie gehört. Damals sah man in dieser Technologie eine umweltverträgliche Alternative zum Schutz der Alpentäler vor weiteren Wasserkraftwerken oder zum Bau thermischer Kraftwerke, welche die Luft belasteten. Im Zuge einer grundlegenden Neuorientierung Anfang der 1970er-Jahre, die im Zeichen der «Grenzen des Wachstums» stand, verkehrte sich diese Wertschätzung aber ins Gegenteil. Nun forderten alte und neu gegründete Umweltorganisationen, das Wachstum des Energieverbrauchs zu stoppen. In den radioaktiven Abfällen sahen sie eine unzumutbare Hypothek für künftige Generationen.

Die Auseinandersetzung um die Atomenergie wurde zunehmend grundsätzlicher geführt. Das Aktionskomitee gegen das AKW Kaiseraugst nannte sich neu «Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke» (NWA). Es schalteten sich nun auch Leute ein, die zur alternativen Gegenkultur zählten, die sich in den 1960er-Jahren zu etablieren begonnen hatte. Ende 1973 formierte sich aus Kreisen der Basler Jungsozialisten die «Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst» (GAK). Auf ihre Fahnen schrieben sie sich den Kampf um mehr Basisdemokratie, die Methode des gewaltfreien Widerstands und das Ziel einer gerechteren und ökologischeren Gesellschaft. Der Regionalkonferenz der Nordwestschweizer Regierungen wurde eine von 13'000 Menschen unterzeichnete Petition überreicht, mit der man eine Volksabstimmung über das Projekt Kaiseraugst verlangte.

In der letzten Märzwoche 1975 ordnete die Bauherrin, Motor-Columbus, an, mit den notwendigen Vorarbeiten zu beginnen, um im Frühling 1976 die Fundamente für das Reaktorgebäude legen zu können. Damit trat der Kampf um den Atommeiler vor den Toren der Stadt Basel in seine entscheidende Phase.

«Den Baslerinnen und Baselbietern war schlagartig bewusst geworden, dass sie die Hauptbetroffenen sein würden, ohne dass sie etwas zum AKW-Projekt zu sagen hatten.»

Im April 1975 organisierte die GAK die Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst. Die Unterstützung der Besetzer durch die Bevölkerung machte deutlich, welchen Rückhalt die Opposition im Laufe der vergangenen sechs Jahre gefunden hatte. Gegenüber der Presse gab sich Motor-Columbus zuversichtlich: Trotz der erklärten Besetzungsabsichten der GAK glaubte sie nicht, dass in Kaiseraugst dasselbe passieren werde wie im badischen Wyhl, wo sich Demonstranten und Polizei heftig in die Haare geraten und die Bauarbeiten vorläufig hatten eingestellt werden müssen. In Kaiseraugst, so die Begründung, sei die Rechtslage anders, da die Baubewilligung juristisch nicht mehr angefochten werden könne und der Widerstand gegen das AKW nicht von derart breiten Bevölkerungskreisen getragen werde wie am Kaiserstuhl.

Am Dienstag, 1. April 1975, versammelten sich um sechs Uhr morgens rund zweihundert AKW-Gegnerinnen und Gegner, etwa achtzig von ihnen hatten eine kalte Nacht in den auf dem Bauplatz aufgestellten Zelten hinter sich. Zunächst sperrten sie alle Zufahrtswege zum Bauplatz ab, um jene Lastwagen zu blockieren, die für den Abtransport des Aushubmaterials eingesetzt worden waren. Eine Handvoll Leute kletterte auf die herumstehenden Baumaschinen und beim Infostand deckte sich jede und jeder mit einem Merkblatt zum richtigen Verhalten ein. Um sieben Uhr war die Zahl der fröstelnden Wartenden auf rund fünfhundert vorwiegend junge Leute angestiegen. Die Nerven der Besetzer – die meisten nahmen zum ersten Mal an einer derartigen Aktion teil – wurden an jenem Dienstag reichlich strapaziert, auch wenn nichts Spektakuläres geschah. Nach und nach trafen die Bauarbeiter ein, die Chauffeure versuchten vergeblich, ihre Lastwagen auf den Bauplatz zu fahren. Nach acht Uhr dezimierte sich die Besetzerschar, viele von ihnen mussten zur Arbeit gehen. Um diese Zeit war auch klar geworden, dass am ersten Tag nicht mehr mit einem Polizeieinsatz zu rechnen war. Kurz vor zwölf Uhr erklärte Motor-Columbus, man habe die Aargauer Regierung über die Besetzung orientiert, und auch darüber, dass in Kaiseraugst ohne Gewaltanwendung nicht weitergebaut werden könne. Nun müsse der Gesamtregierungsrat über das weitere Vorgehen entscheiden. Klar sei, dass die Firma gegen die Besetzer zivilrechtlich vorgehen und Schadenersatz geltend machen werde.

Die Gegner richteten sich auf eine länger dauernde Besetzung des Geländes ein. Sie arbeiteten ein Alarmsystem für den Fall einer überraschenden Räumung des Platzes aus. Die Infrastruktur für das Zeltlager musste verbessert, sanitäre Einrichtungen aufgestellt und die Verpflegung der Besetzer sichergestellt werden. Für den darauffolgenden Sonntag wurde eine Grosskundgebung angesagt. Freiwillig, so betonten die Besetzer, würden sie auf keinen Fall gehen, man müsse sie schon einzeln vom Gelände schleppen.

Einen Tag später glich das Areal immer mehr einem Pfadfinderlager. Zwischen den rund 30 Zelten brannte ein Lagefeuer, eine improvisierte Imbissbude bot Wurst, Brot, Tee und Suppe an. Trotz allem war die Stimmung angespannt. Polizisten waren fast den ganzen Tag über auf dem Bauplatz anzutreffen. Sie nahmen die Personalien einzelner Besetzer auf und fotografierten. Möglicherweise ging es darum, bereits zu Beginn der Aktion «Rädelsführer» herauszupicken, die dann später zur Verantwortung gezogen werden konnten. Aber der ärgste Gegner der Besetzer war in diesen ersten Tagen die Grippe, die schneller und wirkungsvoller arbeitete, als dies beispielsweise Wasserwerfer und Knüppel gekonnt hätten. Es war bitterkalt. Und nicht alle konnten in den schleunigst mit Stroh ausgelegten Holzhütten übernachten, die doch etwas besser vor Wind und Kälte schützten als die Zelte. Am wärmsten war es in einer alten Scheune, von der zwar niemand wusste, wem sie eigentlich gehörte, die aber kurzerhand zum Kommunikations- und Verpflegungszentrum umfunktioniert worden war. Wohl ahnend, was passieren würde, hatte die Baufirma am Vortag noch versucht, das Gebäude abzureissen, was aber verhindert werden konnte. Vom vierten Tag der

Besetzung an funktionierte alles etwas besser. Warme Mahlzeiten wurden gekocht und den ganzen Tag über kamen Besucherinnen und Besucher aufs Gelände, um sich über den Stand der Dinge zu informieren.

«Die Gegner richteten sich auf eine länger dauernde Besetzung des Geländes ein.»

Trotz der erklärten Absicht, mit den Polizisten und Bauarbeitern freundlich umzugehen, bauten sich Spannungen auf. Den Arbeitern, die auf ihren Lohn angewiesen waren, fiel es schwer, die Motive der Besetzer nachzuvollziehen, das Verhältnis zur Polizei wurde von Tag zu Tag frostiger. Die Besetzer wussten, was sie erwartete: Bussen, Gefängnisstrafen und Schadenersatzforderungen, die sich nach fünf Tagen bereits auf 100'000 Franken beliefen. Dazu war mit einem Polizeieinsatz zu rechnen, von dem sich die wenigsten eine genaue Vorstellung machen konnten.

Am Sonntag, 6. April 1975, strömten trotz Kälte, Regen und Schneetreiben15'000 Menschen nach Kaiseraugst. Viele von ihnen brachten Spruchbänder mit. Im Baselbiet wurde ein bäuerlich-ländliches Aktionskomitee gegen den Bau des Atomkraftwerks gegründet, das aktiv an der Besetzung teilnehmen sowie Material und Esswaren liefern wollte. «Wir fahren stundenweise nach Kaiseraugst, am Tag Mütter und Kinder, ab Feierabend Väter und Söhne», hiess es in einem Informations- und Anmeldeformular des Komitees. Man sang Lieder, hörte sich ruhig und frierend die Reden an und am Ende wurde eine Resolution verabschiedet. Als Zeichen der Zustimmung zur Resolution gingen Tausende von Schirmen in die Höhe. Schliesslich löste sich die Kundgebung friedlich auf. Einzig die Besetzer blieben, um weiterhin die Bauarbeiten zu verhindern.

Vierzehn Tage nach dem Beginn der Besetzung war mit der Unterstützung der Bevölkerung auf dem Gelände ein kleines kulturelles Zentrum entstanden. Neben Holzhütten und einem ausgedienten Bus wurden auch ein Kinderhaus, Gärten und Gehege mit Hühnern und Kaninchen eingerichtet. In Rheinfelden besorgte man gratis die Wäsche der Besetzer, zahlreiche Familien überliessen den verdreckten Demonstranten ihre Badezimmer oder luden sie zu einer warmen Mahlzeit ein.

In ihrem Forderungskatalog wurden die Besetzer aufgrund eines Beschlusses der Vollversammlung kühner. Animiert durch Sympathiekundgebungen verschiedener Gremien, unter anderen den Parlamenten und Regierungen beider Basel, verlangte man einen endgültigen Verzicht auf das Kernkraftwerk Kaiseraugst. Begründet wurde die Forderung damit, dass sich die Besetzung des Geländes in eine eigentliche Volksbewegung ausgeweitet hätte. Insgesamt waren es über vierzig, zum grossen Teil politisch neutrale Organisationen, die sich mit der Besetzung solidarisierten.

Am Samstag, 26. April, folgten 20'000 Menschen dem Aufruf zu einer Massenkundgebung in Bern. Der Kabarettist Franz Hohler, ausgestattet mit einer Gasmaskenbrille und einem Paar Eishockeyhandschuhe, rezitierte seine Moritat vom Weltuntergang. Junge, aber auch viele ältere Menschen, Väter und Mütter mit ihren Kindern, ja sogar Grosseltern mit ihren Enkeln, gaben mit ihrer Anwesenheit ihrem Willen, Atomkraftwerke zu verhindern, Ausdruck. Wohl spätestens jetzt wurde es vielen Schweizerinnen und Schweizern klar, dass hier nicht einfach ein Haufen rebellischer junger Menschen einen Aufruhr provozieren wollte, sondern dass die Bewegung gewaltfrei und von einer grossen Masse getragen wurde.

Quellen

Kupper Patrick, Atomenergie und gespaltene Gesellschaft. Die Geschichte des gescheiterten Projekts Kernkraftwerk Kaiseraugst, Chronos-Verlag, Zürich 2003.
Presseberichte: National-Zeitung, Basler Nachrichten, Tages-Anzeiger, Neue Zürcher Zeitung, die Weltwoche, der Bund 1975/1979/1988.
Schroeren Michael, z.B. Kaiseraugst, Schweizerischer Friedensrat, Zürich 1977